



Institut für Europäisches Medienrecht  
Institute of European Media Law  
Institut du droit européen des médias

**Europäisches Medienrecht –  
der NEWSLETTER**

*Institut für Europäisches Medienrecht e.V. (EMR), Saarbrücken/Brüssel*

**Ausgabe 3/2016  
12. Jahrgang**

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

mit der vorliegenden dritten Ausgabe des Newsletters im Jahr 2016 wollen wir Ihnen, den Mitgliedern, Förderern und Partnern des EMR einen kurzen Überblick über relevante Entwicklungen des Medienrechts in Europa zur Verfügung stellen.

Auf folgende Inhalte der aktuellen Ausgabe möchten wir Sie besonders aufmerksam machen:

- das **Urteil des EGMR** zu den unzureichenden **Schutzmaßnahmen gegen Überwachung** im **ungarischen Anti-Terror-Gesetz**;
- das **Urteil des EGMR** zum **russischen Überwachungsgesetz**;
- das **neue Staatsschutzgesetz** in **Österreich**;
- das **Urteil des Bundesgerichtshofs** zur **Wettbewerbswidrigkeit** der Facebook „**Freunde Finden**“ Funktion;
- das **Urteil im Fall Miranda** zum Schutz von **Presseunterlagen**;

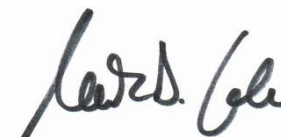
Für weitere Informationen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Wir wünschen Ihnen eine informative Lektüre der ausgewählten Beiträge.

Das Direktorium des EMR



Prof. Dr. Stephan Ory

**(Direktor)**



Prof. Dr. Mark D. Cole

**(Wissenschaftlicher Direktor)**

**Inhalt:**

<b>COE: ÜBERWACHUNG DER ELEKTRONISCHEN KOMMUNIKATION DES ARBEITNEHMERS WÄHREND DER ARBEITSZEIT RECHTMÄßIG.....</b>	<b>4</b>
<b>COE: DAS UNGARISCHE GESETZ ZUR ANTI-TERROR-ÜBERWACHUNG BIETET KEINE AUSREICHENDEN SCHUTZMAßNAHMEN GEGEN STAATLICHEN MISSBRAUCH.....</b>	<b>6</b>
<b>COE: RUSSISCHE ÜBERWACHUNGSGESETZE VERSTOßEN GEGEN EMRK.....</b>	<b>7</b>
<b>EU: SCHLUSSANTRAG DES GENERALANWALTS ZUR AUSGLEICHSAHLUNG FÜR PRIVATKOPIEN IN SPANIEN .....</b>	<b>9</b>
<b>AT: ÖSTERREICHISCHER NATIONALRAT BESCHLIEßT NEUES STAATSSCHUTZGESETZ FÜR ÖSTERREICH .....</b>	<b>10</b>
<b>BG: CEM'S REPORT ON MONITORING OF PRE-ELECTION CAMPAIGN.....</b>	<b>11</b>
<b>CY: NEW RULES FOR THE PROTECTION OF MINORS .....</b>	<b>12</b>
<b>DE: LAUT BGH IST DIE "FREUNDE FINDEN"-FUNKTION VON FACEBOOK WETTBEWERBSWIDRIG.....</b>	<b>13</b>
<b>DE: OLG MÜNCHEN BEJAHT HAFTUNG DER ELTERN FÜR URHEBERRECHTSVERLETZUNGEN IHRER KINDER.....</b>	<b>14</b>
<b>DE: HIGHER REGIONAL COURT ON THE COVERAGE OF PRESS REPORTS IN A MUNICIPAL NEWSLETTER.....</b>	<b>15</b>
<b>DE: OLG FRANKFURT ZUR AUSLEGUNG DEUTSCHER VORSCHRIFTEN IM LICHT DER COOKIE-RL.....</b>	<b>16</b>
<b>DE: FACEBOOK-KONTO DES KINDES AUF ELTERN VERERBBAR.....</b>	<b>17</b>
<b>DE: TV-SENDUNG GERMANY'S NEXT TOP-MODEL VERSTÖßT NICHT GEGEN DEUTSCHES RECHT .....</b>	<b>18</b>
<b>IE: POLICE OMBUDSMAN ACCESSED JOURNALISTS' PHONE RECORDS .....</b>	<b>19</b>
<b>IE: THREATS MADE AGAINST JOURNALISTS FOLLOWING GANG SHOOTINGS.....</b>	<b>20</b>
<b>MK: NEW REGULATION FOR POLITICAL ADVERTISING DURING ELECTIONS .....</b>	<b>21</b>
<b>MK: NEW METHODOLOGY FOR MEDIA MONITORING DURING ELECTIONS .....</b>	<b>22</b>
<b>PL: NEW MEDIA LAW.....</b>	<b>24</b>
<b>RO: DRAFT LAWS ON CINEMATOGRAPHY .....</b>	<b>26</b>
<b>UK: THE MIRANDA CASE AND THE PROTECTION OF JOURNALISTIC MATERIAL.....</b>	<b>28</b>
<b>UK: SERIOUS ALLEGATIONS DO NOT NECESSARILY CAUSE A SERIOUS HARM TO A BANKERS REPUTATION.....</b>	<b>30</b>
<b>UK: DOUBLE MURDERER IS ALLOWED TO STAY ANONYMOUS .....</b>	<b>31</b>
<b>US: HAPPY BIRTHDAY EVERYONE! .....</b>	<b>32</b>
<b>US: NSA ORDERED TO STOP SURVEILLANCE OF ONE CITIZEN.....</b>	<b>33</b>

## **CoE: Überwachung der elektronischen Kommunikation des Arbeitnehmers während der Arbeitszeit rechtmäßig**

Der EGMR hat am 12.01.2016 im Fall *Bărbulescu* gegen Rumänien – Application no. 61496/08 – entschieden, dass die Überwachung eines für Kundenkontakte eingerichteten Chats durch den Arbeitgeber keine Verletzung von Art. 8 EMRK (Recht auf Achtung des Privatlebens) darstellt.

Im zugrundeliegenden Fall ist der Beschwerdeführer Vertriebsingenieur in einer privaten Firma. Er hatte auf Aufforderung seines Arbeitgebers einen Yahoo-Messenger-Account eingerichtet, der zur schnelleren Bearbeitung von Kundenanfragen gedacht war. Der Mitarbeiter nutzte den Messenger auch für private Kommunikation, obwohl dies im Betrieb explizit verboten war; und verwendete während der Arbeitszeit auch seinen privaten Yahoo-Account über den betrieblichen Computer. Dem Mitarbeiter wurde deshalb gekündigt. Er hielt die Kündigung für ungültig. Sie beruhe auf einer rechtswidrigen Überwachung seiner Privatsphäre. Das Anliegen des Beschwerdeführers wurde 2008 vom Berufungsgericht in Bukarest in letzter Instanz abgewiesen, woraufhin er Beschwerde beim EGMR einreichte. Die rumänische Regierung brachte vor, dass Art. 8 EMRK im vorliegenden Fall gar nicht einschlägig sei, da der Messenger-Account für rein berufliche Zwecke eingerichtet worden war. Infolgedessen könne der Beschwerdeführer nicht erwarten, dass der Chat-Inhalt privat sei. Darüber hinaus sei die Überwachung des Accounts durch den Arbeitgeber die einzige Möglichkeit, das Vorbringen des Beschwerdeführers, er habe den Account gar nicht für private Zwecke genutzt, zu überprüfen. Zwischen den Parteien ist streitig, ob der Beschwerdeführer im Vorfeld explizit darauf hingewiesen worden war, dass private Kommunikation über den Messenger-Account verboten war. Aufgrund des Vortrags des Arbeitgebers, er habe seine Mitarbeiter im Vorfeld über das Verbot privater Kommunikation informiert, und aufgrund der Erklärung des Mitarbeiters, den Account nicht für private Kommunikation genutzt zu haben, wurde durch die Vorinstanzen in Rumänien angenommen, dass der Arbeitgeber den Account des Beschwerdeführers in dem Glauben überprüft habe, dass dieser nur berufliche und gerade keine privaten Nachrichten enthalte. Deshalb sei die Überprüfung des Accounts legitim gewesen.

Der EGMR folgt dieser Argumentation. Darüber hinaus ist der EGMR der Auffassung, dass auch die vom Beschwerdeführer angegriffene Verwendung seiner privaten Kommunikation als Beweismittel im Verfahren nicht rechtswidrig sei, da nicht der Inhalt per se entscheidungsrelevant war, sondern nur die Tatsache, dass es sich objektiv um private Kommunikation handelte, welche die Pflichtverletzung des Beschwerdeführers beweise. Im Übrigen komme es nicht darauf an, ob der Beschwerdeführer der Firma tatsächlich einen Schaden zugefügt habe – was hier auch nicht der Fall war. Nach Auffassung des EGMR ist es ausreichend, dass der Arbeitgeber seinen Mitarbeitern während der Arbeitszeit nur die Ausübung beruflicher Tätigkeiten gestattet. Da nur die Kommunikation des Messengers überwacht worden war und nicht etwa auch andere Daten und Dokumente, die auf dem Computer des Beschwerdeführers gespeichert waren, sei die Überwachung durch den Arbeitgeber auch verhältnismäßig gewesen.

In einem Sondervotum widersprach ein Richter dem Ergebnis des Gerichts. Es sei nicht bewiesen, dass der Beschwerdeführer im Vorfeld über das Verbot privater Kommunikation und über die Möglichkeit der Überwachung durch den Arbeitgeber informiert worden sei. Es sei Sache des Arbeitgebers und später der rumänischen Regierung gewesen, diese Behauptung zu beweisen, was aber nicht geschehen sei. Nach der Beweislage habe die Überwachung durch den Arbeitgeber folglich zu einem Zeitpunkt stattgefunden, zu dem der Beschwerdeführer über die Möglichkeit einer Überwachung gerade nicht informiert war, weshalb er davon ausgehen durfte, dass die Kommunikation privat war. Jedenfalls

beim privaten Account des Beschwerdeführers hätte dem Arbeitgeber auch klar sein müssen, dass der Inhalt der Kommunikation privat sein würde. Der hohe Stellenwert von Art. 8 EMRK müsse gerade in Zeiten der Digitalisierung besonders geschützt werden; ein anlassloses Totalverbot privater Kommunikation und eine Überwachung der Internetkommunikation seien auch am Arbeitsplatz unzulässig. Jeder Arbeitgeber müsse im Vorfeld konkrete Nutzungsrichtlinien zur privaten Internetnutzung vorgeben.

Das Urteil des EGMR vom 12.01.2016 – Application no. 61496/08 – ist in Englischer Sprache abrufbar unter:

**[http://hudoc.echr.coe.int/eng?i=001-159906#{%22itemid%22:\[%22001-159906%22\]}](http://hudoc.echr.coe.int/eng?i=001-159906#{%22itemid%22:[%22001-159906%22]})**

*Sofie Luise Burger*

## **CoE: Das ungarische Gesetz zur Anti-Terror-Überwachung bietet keine ausreichenden Schutzmaßnahmen gegen staatlichen Missbrauch**

Mit U. v. 12.01.2016 hat der EGMR – AZ 37138/14 – entschieden, dass das ungarische Gesetz zur Anti-Terror-Überwachung (Polizeigesetz Nummer XXXIV Abschnitt 7/E) eine Verletzung von Art. 8 EMRK darstellt. Dies insbesondere aufgrund der Möglichkeiten des Missbrauchs durch die Regierung.

Am 1.01.2011 wurde auf Grundlage dieses Gesetzes eine spezielle Anti-Terror Einheit in Ungarn ins Leben gerufen, welche Kompetenzen für geheime Hausdurchsuchungen, Überwachungen mit Aufzeichnung, Öffnung von Briefen und Paketen sowie die Überprüfung und die Aufzeichnung von Inhalten elektronischer oder computergestützter Kommunikation verliehen wurde. Es besteht keine Notwendigkeit einer Einwilligung der betroffenen Personen in die aufgeführten Maßnahmen. Im Juni 2012 erhoben die Antragsteller, welche für eine unabhängige Regulierungsbehörde tätig sind, Verfassungsbeschwerde gegen das Gesetz. Die Maßnahmen verstießen gegen ihr Recht auf Privatsphäre, welches in Art. 8 EMRK verankert ist. Das Ungarische Verfassungsgericht wies die Klage im November 2013 teilweise ab.

Der EGMR bestätigte daraufhin jedoch die Verletzung von Art. 8 EMRK durch das Gesetz zur Anti-Terror-Überwachung. Dem Wortlaut des Gesetzes sei keinerlei Spezifizierung des Personenkreises zu entnehmen, der aufgrund des Gesetzes überwacht werden könnte. Zudem bestehe keinerlei Notwendigkeit der Behörden die zu überwachenden Personen gegenüber einer Aufsichtsbehörde zu identifizieren oder eine mögliche terroristische Bedrohung durch diese Personen zu belegen. Deshalb betreffe das Gesetz jeden Anwender von Kommunikationssystemen und jedes Haus, es könne praktisch jede Person in Ungarn einer heimlichen Überwachung unterzogen werden. Aufgrund zweideutiger unklarer Formulierung kann dem Gesetz auch nicht eindeutig entnommen werden für welchen Zeitraum eine Überwachung zulässig ist. Darüber hinaus sehe das Gesetz keinerlei gerichtliche Kontrolle der Überwachungsmaßnahmen vor. Die Behörden, die eine solche Überwachung anwenden, müssen lediglich dem zuständigen Minister die Namen der Person oder "Gruppe von Personen" mitteilen, die sie überwachen. Das Gesetz verlangt weder eine Inkennnissetzung der von der Überwachung betroffenen Personen, noch sieht das Gesetz die Möglichkeit einer Beschwerde vor, soweit eine Person vermutet von einer solchen Überwachung betroffen zu sein. In diesem Zusammenhang betont der EGMR, dass die notwendige Garantie gegen staatlichen Missbrauch der Befugnisse alleine durch einen politisch verantwortlichen Minister nicht gewährleistet werden kann.

Die Pressemitteilung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte ist in Englischer Sprache abrufbar unter:

**<http://hudoc.echr.coe.int/app/conversion/pdf?library=ECHR&id=003-5268616-6546444&filename=Judgment%20Szab%F3%20and%20Vissy%20v.%20Hungary%20-%20legislation%20on%20anti-terrorist%20secret%20surveillance.pdf>**

*Katrin Welker*

## **CoE: Russische Überwachungsgesetze verstoßen gegen EMRK**

Der EGMR hat mit U. v. 4.12.2015 entschieden, dass ein Bürger auch dann in seinen Menschenrechten nach EMRK verletzt sein kann, wenn er nicht nachweisen kann, dass er gezielt von bestimmten Überwachungsmaßnahmen betroffen ist (Az.: 47143/06).

Der Kläger war sowohl Redakteur eines Verlages und einer Zeitschrift als auch Vorsitzender einer Nichtregierungsorganisation, die den Zustand der Pressefreiheit in Russland untersucht. Er ging gegen drei Mobilfunkanbieter gerichtlich vor, denen er vorwarf, ihn in seinem Recht auf Privatsphäre und Vertraulichkeit seiner Telekommunikation verletzt zu haben. Seine Klage wurde zunächst vom District Court of St. Petersburg im Dezember 2005 abgewiesen, weil das Gericht es nicht als erwiesen ansah, dass die Mobilfunkanbieter schützenswerte Informationen an unbefugte Dritte weitergeleitet oder unerlaubt Kommunikationsdaten abgefangen hätten. In der Berufungsinstanz trug der Kläger vor, dass das erstinstanzliche Gericht entscheidende Dokumente nicht als Beweismittel zugelassen habe. Hierunter fielen zum einen richterliche Anordnungen, die im Nachhinein erlaubten, die Telekommunikation des Klägers zu überwachen. Zum anderen gehörte zu diesen Dokumenten ein Anhang zum Mobilvertrag eines der drei Mobilfunkanbieter, der den Nutzer darüber informierte, dass der Anbieter sich das Recht vorbehalte, die Nutzung seiner Dienste durch den Kunden umgehend zu unterbinden und entsprechende Daten an Strafverfolgungsbehörden weiterzuleiten, sofern der Anschluss zum Versenden terroristischer Botschaften genutzt würde. Hieraus ergab sich nach Ansicht des Klägers die Möglichkeit der Anbieter, Kommunikation ohne vorausgegangene richterliche Anordnung abzufangen. Die Berufung des Klägers wurde im April 2006 vom St Petersburg City Court abgewiesen, da der Kläger nach Ansicht des Gerichts weder einen Eingriff in seine Telekommunikation, noch die Gefahr einer Verletzung seines Rechts auf Privatsphäre und Vertraulichkeit seiner Telekommunikation bewiesen hatte. Während die beiden nachträglichen richterlichen Anordnungen nach Ansicht des Berufungsgerichts aufgrund ihrer Irrelevanz für den Rechtsstreit in der Vorinstanz nicht zuzulassen waren, ließen die Richter den Anhang zum Mobilfunkvertrag zwar als Beweis zu, verneinten aber seine Aussagekraft.

Der EGMR entschied nun, dass der Kläger in seinen Rechten gemäß Art. 8 EMRK verletzt sei. Nach Ansicht des Gerichts ergab sich dies bereits aus den einschlägigen nationalen Gesetzen und erforderte keine spezifisch-konkrete Verletzung der Rechte des Klägers durch konkretes Behördenhandeln, da Überwachungsmethoden naturgemäß im Geheimen erfolgen und alle Mobilfunknutzer betreffen. Da die russische Rechtslage einem Bürger, der vermutet, Ziel von Überwachungsmaßnahmen geworden zu sein, bereits keine Rechtsmittel einräumt, mit deren Hilfe dieser eine Prüfung herbeiführen könnte, lag dem EGMR zu Folge bereits hierin eine Verletzung von Art. 8 EMRK. Die Richter betonten, dass auch Überwachungsmaßnahmen, die mit dem Ziel des Staats- und Individualschutzes erfolgten, eine Gefahr für die Demokratie und ihre Grundprinzipien darstellen können. Angesichts dieser Risiken sah das Gericht einen angemessenen und wirksamen Rechtsschutz gegen solche Überwachungsmaßnahmen als unabdingbar an. Die Richter gelangten zu der Überzeugung, dass die Rechtslage in Russland einen solchen Rechtsschutz nicht gewährleistet, was umso schwerwiegender war, als dass Geheimdienste und Polizeibeamte dort direkten technischen Zugriff auf mobile Telekommunikation haben. Ferner kritisierte der EGMR eine ungenügende Aufsicht der Überwachung, ihrer Dauer und der Umstände, unter denen sie durchgeführt und fortgesetzt werden darf sowie eine mangelhafte Regelung der Kompetenzen, die entsprechenden Daten zu erfassen, zu speichern und zu löschen. Das Gericht sah es auch als unzureichend an, dass nur denjenigen eine Überprüfung der Überwachung rechtlich zustand, die eine spezifische Überwachung ihrer Telekommunikation nachweisen konnten. Schließlich sei ein solcher Nachweis unmöglich,

sofern es kein funktionierendes Benachrichtigungssystem gibt. Ein Benachrichtigungssystem sei ferner auch deswegen erforderlich, da erst dieses eine nachträgliche Überprüfung der Rechtmäßigkeit von Überwachungsmaßnahmen ermögliche. Außerdem nahm das Gericht zu Art. 8 Abs. 2 EMRK Stellung und verdeutlichte unter welchen Bedingungen Datenverarbeitung gesetzlich geregelt werden kann. Die Zulässigkeit – auch der russischen Überwachungsgesetze – richtet sich hierbei danach, ob die Datenverarbeitung verhältnismäßig und erforderlich ist. Obwohl sich die Ziele von Sicherheit und Freiheit meist in einem Spannungsverhältnis befinden, sah das Gericht es als unabdingbar an, dass Individualrechte ausreichend gewährleistet werden. Hierzu müsse Richtern eine Position eingeräumt werden, in der diese aktiv darüber befinden können, ob sich ein Bürger verdächtig gemacht hat und in welchem Umfang Überwachungsmaßnahmen hierdurch zu rechtfertigen sind. Es soll hingegen nicht genügen, wenn Richter an diesem Verfahren lediglich am Rande beteiligt sind.

Der EGMR untermauert mit dieser Entscheidung seine Rechtsprechung hinsichtlich der Kennedy-Doktrin, im Rahmen derer er erstmals die Möglichkeit einer Rechtsverletzung durch abstrakt-generelle Gesetze annahm. Erforderlich ist hierfür, dass die Gesetze einen weiten Anwendungsbereich haben, Menschen betrifft, die in diesen Anwendungsbereich fallen und das nationale Recht keine Rechtsmittel hiergegen bereithält. Diese Voraussetzungen waren nach Ansicht der Richter auch im vorliegenden Fall gegeben.

Die Entscheidung des EGMR ist in Englischer Sprache abrufbar unter:

**<http://hudoc.echr.coe.int/eng?i=001-159324#%7B%22itemid%22%3A%5B%22001-159324%22%5D%7D>**

*Tobias Raab*



## **EU: Schlussantrag des Generalanwalts zur Ausgleichszahlung für Privatkopien in Spanien**

Am 19.01.2016 hat der Generalanwalt seinen Schlussantrag im Fall EGEDA gegen die spanische Staatsverwaltung – Rs. C-470/14 – vorgestellt. Er hält die Finanzierung der Entschädigung für Privatkopien aus dem Staatshaushalt für mit europäischem Recht vereinbar.

Auslöser war eine Vorlagefrage im Vorabentscheidungsverfahren gem. Art. 267 AEUV durch das oberste Gericht Spaniens, dem Tribunal Supremo. Dieser hatte vom EuGH wissen wollen, ob das spanische System der Entschädigung für Privatkopien mit der Richtlinie 2001/29/EG (Urheberrechtsrichtlinie) vereinbar ist. In Spanien wird die Entschädigung für Privatkopien aus dem allgemeinen Staatshaushalt finanziert; die Höhe der Ausgleichszahlung wird dabei auf Grundlage des wahrscheinlich eintretenden Schadens kalkuliert. Dabei ist aber gerade nicht sichergestellt, dass die Kosten dieser Ausgleichszahlung auch (nur) von denjenigen getragen werden, die tatsächlich Privatkopien verwenden. Die Frage an den EuGH war, ob dieses Vorgehen mit Art. 5 Abs. 2 lit. b der Urheberrechtsrichtlinie vereinbar ist. Sollte diese Frage mit ja beantwortet werden, wollte der Tribunal Supremo außerdem wissen, ob dieses System auch dann mit Art. 5 Abs. 2 lit b vereinbar ist, wenn die Höhe der Entschädigungssumme dabei jedes Jahr im Voraus im jeweiligen Staatshaushalt festgelegt wird

Der Generalanwalt hat in seinen Schlussanträgen vorgeschlagen, die erste Frage zu bejahen: ein solches Konzept sei grundsätzlich vereinbar mit der Richtlinie. Dies wird damit begründet, dass die Richtlinie nur generell eine gerechte Kompensation vorschreibe, aber nicht spezifiziert, wie diese gerechte Ausgleichszahlung finanziert werden soll. Auch aus der bisherigen Rechtsprechung des EuGH zu diesem Thema ergebe sich, dass eine Finanzierung der Ausgleichszahlung aus dem Staatshaushalt mit der Urheberrechtsrichtlinie vereinbar sei. Dadurch, dass die Ausgleichszahlung letztlich aus Steuern finanziert wird, wird die Abgabe zwar im Ergebnis auch von Personen getragen, die vom Recht auf Privatkopie gar nicht profitieren können, weil es ihnen nicht zusteht – beispielweise Unternehmen. Dies ist nach dem Generalanwalt aber dennoch mit der Richtlinie vereinbar, da nicht etwa eine spezielle Steuer oder Abgabe eingeführt wurde, um die Zahlung zu finanzieren, die dann von allen unterschiedslos gezahlt werden müsste. Die Zahlung werde vielmehr aus dem Staatshaushalt an sich gespeist und beruhe daher auf einer anderen Logik. Sie sei deshalb mit der Richtlinie vereinbar.

Die zweite Frage – ob die Höhe der Zahlung im Voraus für den Staatshaushalt festgelegt werden kann – hat der Generalanwalt jedoch vereint: es sei nicht möglich, die Höhe der Entschädigungssumme im Vorfeld zu schätzen. Die Höhe müsse vielmehr aufgrund des tatsächlich eingetretenen Schadens berechnet werden.

Die Fragen sind auch deshalb interessant, weil auch Norwegen, Estland und Finnland die Ausgleichszahlung aus dem Staatshaushalt bestreiten – die Beantwortung der Frage betrifft also nicht nur Spanien.

Der Schlussantrag des Generalanwalts – Rs. C-470/14 – ist in französischer Sprache abrufbar unter:

**<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=173583&pageIndex=0&doclang=FR&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=399535>**

*Sofie Luise Burger*

## **AT: Österreichischer Nationalrat beschließt neues Staatsschutzgesetz für Österreich**

Der österreichische Nationalrat hat am 27.01.2016 mit den Stimmen der Regierungsparteien SPÖ und ÖVP ein neues „Polizeiliches Staatsschutzgesetz“ beschlossen. Die Opposition aus Freiheitlichen und Grünen ist dagegen, denn das umstrittene Gesetz erweitert sowohl Überwachungsbefugnisse als auch die Ermittlungsmethoden des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT).

Aufgrund der neuen Regelungen können ab dem 1.07.2016 die Mobiltelefone von mutmaßlichen Terroristen und anderen „Extremisten“, welche einen „verfassungsgefährdenden Angriff“ planen, ohne vorherige richterliche Kontrolle abgehört werden. Außerdem dürfen deren Kontakte mit anderen Personen für Jahre gespeichert und an ausländische Geheimdienste weitergegeben werden. Das neue Staatsschutzgesetz ermöglicht es dem Verfassungsschutz außerdem, V-Leute auch in Fällen einzusetzen, in denen noch keine Straftaten begangen worden sind. Im Zuge der Novelle wird auch eine rechtliche Grundlage für den Einsatz von Bild- und Tonaufzeichnungsgeräten zur Dokumentation von Amtshandlungen geschaffen. Dabei geht es insbesondere um so genannte Bodycams, also Kameras, die Polizisten am Körper tragen können.

In den letzten Monaten hatten verschiedene politische Gruppen und Verbände in Österreich gegen das Gesetz mobilisiert. An einer Unterschriften-Kampagne des „Arbeitskreises Vorratsdatenspeicherung Österreich“ nahmen über 30.000 Menschen teil. Rechtsanwälte, Amnesty International, Internetprovider, der Österreichische Journalistenclub und andere zivilgesellschaftliche Gruppen übten heftige Kritik an den Regierungsplänen. Am vergangenen Wochenende nahmen rund 150 Menschen an einer Demonstration vor dem Gebäude des zukünftigen Inlandsgeheimdienstes teil.

Auch die Opposition kritisierte einen „massiven Eingriff in Grund- und Freiheitsrechte“, fehlende richterliche Kontrolle im Einzelfall und eine unzulängliche generelle parlamentarische Kontrolle des BVT. Zwei fraktionslose Abgeordnete waren zwar für die neuen Überwachungsbefugnisse, hinterfragten aber die Weiterleitung der Daten an ausländische Geheimdienste. Die Nationalratsabgeordneten von Freiheitlichen und Grünen wollen nun gemeinsam den Verfassungsgerichtshof (VfGH) des Landes anrufen. Er müsste dann prüfen, ob das neue Gesetz und die gleichzeitigen Novellen mehrerer anderer Gesetze verfassungskonform sind. Solche Gesetzesprüfungen sind in Österreich selten, weil dafür mindestens ein Drittel der Abgeordneten des Nationalrates oder des Bundesrates einen gemeinsamen Antrag stellen muss.

Aus Sicht der ÖVP handelt es sich um ein austariertes Gesetz, das den Behörden den Kampf gegen den Terrorismus erleichtere, ohne unverhältnismäßig in Bürgerrechte einzugreifen. Die Bespitzelung von Bürgern sei nicht das Ziel. Auch SPÖ-Vertreter betonten den Fokus auf Kampf gegen Terrorismus und Extremismus.

Das Staatsschutzgesetz ist online abrufbar:

**[https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/II/I\\_00988/fname\\_498181.pdf](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/II/I_00988/fname_498181.pdf)**

*Ingo Beckendorf*

## **BG: CEM's Report on Monitoring of Pre-election Campaign**

On 11 December 2015, the Council for Electronic Media (CEM) announced the results of its monitoring during the pre-election campaign for local elections and a national referendum. The monitoring was carried out on seventeen public programmes created by public suppliers of media services: fourteen with national and regional range by the public service broadcaster Bulgarian National Television (BNT) and the Bulgarian National Radio, one programme of the Political Party Attack, Alpha Television, and two radio programmes implemented by the Municipalities Burgas and Veliko Tarnovo (The Voice of Burgas and Veliko Tarnovo Municipal Radio). The monitoring also comprised 36 programmes of commercial suppliers of media services: twenty television and sixteen radio programs.

CEM's judgment is that the pre-election campaign addressed several questions of home and foreign general policy and media storylines: the prices of electricity, the refugee crisis, the war in Syria, the dialogue USA – Russia – EU and so on. To a great extent, they are the ones that cultivate the voters' attitude immediately before the last stage of the pre-election race. No drastic cases of hate speech and sex-based discrimination were noted in this campaign. The media showed their active critical position against the vote control and corporate vote. The journalistic investigations carried out and the critical materials on topics and cases have direct or indirect influence on the vote carried out, both concerning particular candidates and main political subjects nominating them. Although, long before the start of the pre-election campaign, the investigations of the private national televisions BTV and Nova TV regarding the wealth of the Mayors of Pazardzhik, Haskovo, and Botevgrad, and regarding the exercise of official power by the Mayors of Balchik, Petrich, Kresna had direct or indirect influence on the vote carried out.

The media coverage of the Referendum was, even compared to the campaign for local elections, rather stifled. It had no active presence as to its meaning and contents. The opinion of political forces whose decision premised this result did not ring out clearly. Participation that was more active had the representatives of Initiative Committees supporting the Yes or No of the question worded for the Referendum. For the whole period of this campaign, the journalists respected the European requirements for a pre-election campaign. Exceptions are the politically committed media, Alpha TV and SKAT. There was no balanced presence in their programmes this time either. The presentation of political ideas and platforms is in favour of one party and coalition only. The pre-election messages frequently turn into negative speaking for the other participants in the elections. One thing that is typical for both programmes is that some of the hosts of permanent programmes for current politically-related issues are candidates for mayors and municipal councillors and this position gives them greater presence in the pre-election campaign of the respective media.

The suppliers of media services remain in debt to the audience of persons with hearing and visual impairments. This finding is not valid for the public television program BNT 1 which provides sign language interpretation during the afternoon debates. The same is also valid for the information campaign of the Central Election Commission; the possibility for persons with hearing difficulties to perceive the materials related to the institution's information campaign is given.

CEM's report on monitoring of the pre-election campaign is available in Bulgarian language at:

**<http://www.cem.bg/controlbg/803>**

*Rayna Nikolova, New Bulgarian University*

## **CY: New Rules for the Protection of Minors**

On 23 December 2015, the Law on Radio and Television Organisations of 1998 was amended. The goal of these amendments is the regulation of the participation of minors in advertising and teleshopping messages, as well as in television programmes, in order to ensure their interests and protect their rights. With amending Law N. 201(I)/2015, general rules are set in the main law with regard to the participation of minors in commercial and other television productions, while the regulator, the Cyprus Radio Television Authority is required to produce a code of conduct on the matter. More specifically, the following amending provisions have been voted:

The definition of minor is introduced in the respective section of the law; this is a person under 18 years old. A new article (29A) is introduced, which subjects the participation of minors in “commercial programmes, programmes, commercial announcements and advertisements” to the consent of parents or custodians and requiring that this serves the minor's interests. It further clarifies that notwithstanding the provisions of employment laws, which apply in case of employment, the participation in cultural or artistic programmes is left to the person's free will. In the case of a minor over 15 years of age, his/her written consent is required. For minors under 15 years of age, the maturity of the person is taken into account and in case of refusal, his/her participation stops /is cancelled. Further regulation of the issue by the Cyprus Radio Television Authority is required, through its obligation to produce a Code of Conduct within six months, which should be implemented by the AVMS organisations. The code should be drafted in consultation with stakeholders including minors' organised bodies. It should include guidelines regarding the participation of minors, the behaviour that AVMS organisation must adopt in order to protect minors' rights and 'other relevant issues'. AVMS organisations can themselves adopt their own codes of co- or self-regulation in addition to the aforementioned code of conduct. The rules introduced with the amending law supplement the provisions of article 29 of the law that transcribes art. 27 of the AVMS Directive, and of article 33 that transcribes articles 19 to 22 of the Directive; article 33 also includes additional rules on advertising. Rules on the participation of minors are also provided in the Regulations to the Law on Radio and Television Organisations of 1998 to 2015 or Normative Administrative Acts (Κανονιστικές Διοικητικές Πράξεις) KDP 10/2000. They include the definition of minor (under 18) and require the parents' consent for interviewing minors under 16. Rules can also be found in the code of advertising and teleshopping, an appendix to the Regulations. They aim at the protection of minors from content, not providing any specific rule with regard to their participation in audiovisual productions.

The introduction of rules regarding the participation of minors in audiovisual productions may raise the issue of the Radio Television Authority's extent of supervisory powers; how could the regulator ensure respect of the rules at the production stage, without interfering in ways that may lead to censorship?

Law N.201(I)/2015 amending the Law on Radio and Television Organisations of 1998 to 2015, Official gazette, 23.12.2015 pp. 1418-9 is available in Greek language at:

**[http://www.cylaw.org/nomoi/arith/2015\\_1\\_201.pdf](http://www.cylaw.org/nomoi/arith/2015_1_201.pdf)**

Regulations to the Law on Radio and Television Organisations of 1998 to 2015 or Normative Administrative Acts is available in Greek language at:

**<http://crta.org.cy/default.asp?id=241>**

*Christophoros Christophorou, Political analyst, Council of Europe expert in Media and elections*

## **DE: Laut BGH ist die "Freunde finden"-Funktion von Facebook wettbewerbswidrig**

Der BGH hat mit U. v. 14.01.2016 – Az. I ZR 65/14 – entschieden, dass die Funktion "Freunde finden" des sozialen Netzwerkes Facebook wettbewerbswidrig ist.

Mit der "Freunde finden"- Funktion wurden die Nutzer des Netzwerkes ab 2010 veranlasst, bei der Registrierung auf der Plattform ihre Email-Adressbücher in ihren Facebook-Account zu importieren. Facebook verschickte dann Einladungs-E-mails an Personen, die keinen Facebook-Account hatten, deren Emailadresse aber durch andere Nutzer bei Facebook gespeichert worden war. Die Funktion ist mittlerweile in der streitigen Form nicht mehr verfügbar. Der Bundesverband der Verbraucherzentralen und Verbraucherverbände in Deutschland (vzbv) hatte die Betreiberin des sozialen Netzwerkes auf Unterlassung in Anspruch genommen. Der Kläger sah in dem Versand von Einladungse-mails an Personen, die nicht als Nutzer bei der Plattform registriert sind, eine den Empfänger belästigende Werbung gem. § 7 Abs. 1, Abs. 2 Nr. 3 UWG. Darüber hinaus täuschte die Beklagte die Nutzer im Rahmen ihres Registrierungsvorgangs in unzulässiger Weise über den Umfang, in welchem die vom Nutzer importierten Emailadressen von Facebook genutzt würden.

Der BGH gab dem vzbv Recht. Die Einladungs-E-mails von Facebook an Empfänger, die in den Empfang dieser E-mails nicht ausdrücklich eingewilligt hatten, stellten eine unzumutbare Belästigung gem. § 7 Abs. 1 UWG dar, nämlich eine den Empfänger belästigende Werbung iSv § 7 Abs. 2 Nr. 3 UWG. Der Versand der E-mails wurde zwar durch den sich bei Facebook registrierenden Nutzer ausgelöst. Die Funktion wurde von Facebook aber gerade zur Verfügung gestellt, um bei Dritten Werbung für das Angebot der Plattform zu machen. Die E-mails wurden von den Empfängern auch als Werbung für Facebook aufgefasst und nicht als private Mitteilung des jeweiligen Facebook-Nutzers. Durch die Angaben, die die Beklagte den Nutzern bei deren Registrierung machte, hat die Beklagte laut dem BGH außerdem gegen § 5 Abs. 1 UWG verstoßen, weil der Nutzer über Art und Umfang der Nutzung der übertragenen Email-Adressen getäuscht worden sei. Der bei Registrierungsvorgang eingeblendete Hinweis "Sind deine Freunde schon bei Facebook?" habe die Nutzer nicht darüber aufgeklärt, dass die vom Nutzer importierten Kontaktdaten ausgewertet und zum Versand von Werbe-E-mails genutzt werden würden. Weitere Informationen waren zwar unter dem Link "Dein Passwort wird von Facebook nicht gespeichert" abrufbar; allerdings war die Kenntnisnahme dieser Informationen durch den jeweiligen Nutzer nicht sicher gestellt. Diese Informationen konnten die Irreführung daher nicht beseitigen.

Die Pressemitteilung des BGH zum U. v. 14.01.2016 – Az. I ZR 65/14 - ist abrufbar unter: [http://juris.bundesgerichtshof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bgh&Art=pm&pm\\_nummer=0007/16](http://juris.bundesgerichtshof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bgh&Art=pm&pm_nummer=0007/16)

*Sofie Luise Burger*

## **DE: OLG München bejaht Haftung der Eltern für Urheberrechtsverletzungen ihrer Kinder**

Mit U. v. 14.01.2016 hat das OLG München entschieden, dass Eltern für Urheberrechtsverletzungen ihrer Kinder haften, wenn sie behaupten, dass ihnen bekannt sei, welches ihrer Kinder die Tat begangen hat, sie dieses aber nicht namentlich benennen –29 U 2593/15.

Im vorliegenden Fall hatte eine Tonträgerherstellerin, der ausschließliche Verwertungsrechte an einem Musikalbum zustanden, gegen ein Ehepaar Schadensersatzansprüche i. H. v. 2.500 EUR sowie Abmahnkosten i. H. v. 1.000 EUR geltend gemacht, nachdem das besagte Album rechtswidrig über deren Internetanschluss zum Download in einer Filesharing-Börse angeboten worden war. Das Ehepaar hatte vorgetragen, zur Tatzeit einen eigenen PC besessen und mit ihren drei volljährigen Kindern zusammengewohnt zu haben, die ihrerseits eigene Rechner benutzt hätten. Der Router, den alle Familienmitglieder genutzt hatten, um ins Internet zu gelangen, sei durch ein allen bekanntes Passwort geschützt gewesen. Auch hatten die Beklagten eingeräumt, zu wissen, welches Kind für die Urheberrechtsverletzung verantwortlich war, hatten sich jedoch geweigert, dieses zu benennen. Das gesamte Vorbringen des Ehepaares war von der Klägerin bestritten worden. Nachdem das LG München der Klage erstinstanzlich stattgegeben, und die Eltern antragsgemäß verurteilt hatte, blieb nun auch die Berufung vor dem OLG München erfolglos.

Das OLG München sah es als erwiesen an, dass die Beklagten Täter i. S. d. § 97 Abs. 2 S. 1 UrhG und somit schadensersatzpflichtig seien. Die Beklagten hätten ihrer sekundären Darlegungslast nicht genügt, da sie lediglich pauschal auf die generelle Möglichkeit ihrer Kinder, auf den Anschluss zuzugreifen, verwiesen hätten. Da sie keine konkreten Angaben zur Verletzungshandlung gemacht und die tatsächliche Vermutung ihrer Täterschaft somit nicht erschüttert hätten, war das Vorbringen der Klägerin nach Ansicht des Gerichts als zutreffend zu unterstellen. Um ihrer sekundären Darlegungslast zu genügen hätten die Beklagten vielmehr vortragen müssen, welche Informationen sie über mögliche Verletzungshandlungen hatten, also auch, welches ihrer Kinder als Täter in Frage kommen konnte. Hierzu hatten sie konkrete Angaben jedoch verweigert. Zwar hatten sie ihre Kinder als Zeugen für ihr Vorbringen benannt, da diese sich jedoch auf ihr Zeugnisverweigerungsrecht aus § 383 Abs. 1 Nr. 3 ZPO berufen hatten, waren die Ehepartner beweisfällig geblieben. Entgegen der Rechtsansicht der Beklagten stand der Entscheidung des OLG München auch nicht der Schutz von Ehe und Familie gem. Art. 6 Abs. 1 GG entgegen. Dieser schütze familiäre Belange nicht grenzenlos gegen jedwede Beeinträchtigung und sei im vorliegenden Fall außerdem mit den Eigentumsrechten der Klägerin aus Art. 14 GG abzuwägen. Folge man der Auffassung der Beklagten, so liefere der Schutz urheberrechtlicher Nutzungsrechte bei über familienintern genutzten Internetanschlüssen regelmäßig ins Leere. Art. 14 GG überwiege daher im vorliegenden Fall dem Schutz der Familie aus Art. 6 GG.

Da der Rechtsfrage, in welchem Umfang ein Anschlussinhaber seiner sekundären Darlegungslast nachzukommen hat, eine den konkreten Fall übersteigende Bedeutung zukommt, ließ das OLG München die Revision zum BGH zu.

Die Pressemitteilung des OLG München ist abrufbar unter:

**<https://www.justiz.bayern.de/gericht/olg/m/presse/archiv/2016/05101/index.php>**

*Tobias Raab*

## **DE: Higher Regional Court on the coverage of press reports in a municipal newsletter**

On 27 January 2016, the Higher Regional Court (Oberlandesgericht – OLG) of Stuttgart decided that a municipal newsletter can violate the constitutional rule of political freedom of the press. In the proceedings between a newspaper publisher and a district town the Court had to decide on the scope of the permissible reporting in a newsletter of the municipality. In the present case, the Court held that the municipal newsletter in question violates the principle of political freedom of the press.

Art. 5 of the German Constitution provides a political freedom of the press while Art. 20 of the Municipal Code of the State Baden-Württemberg allows the disclosure of general information about important plans and projects of the municipality. Therefore, public authorities may publish printed material only to fulfill their public duties or to engage in permissible public relations.

The official newsletter of the municipality reported on its website information and contents about the political and social life, which do not fall within its original competencies (for instance notices of other special purpose associations, authorities and public institutions, and in particular local business coverage). In an interview, the mayor pointed out that he welcomes the fact that the city publishes a newspaper with journalistic articles and that he used the municipal journal as a political tool.

The Court held that the newsletter is unlawful and prohibited its free distribution. The Court stated that the official newsletter of a municipality may report on the activities of the local council, the activities of the mayor and the municipal authorities, in so far as these concern the affairs of the community. By evaluating the content of the newsletter, the OLG Stuttgart noted that the limits of legitimate coverage were exceeded, because the newsletter reported not only on projects and plans of the administration, but that it also reported on activities and events in the community, for example of the activities of churches, associations, citizens' groups, clubs, sports, and especially local business news.

The press release of the OLG Stuttgart is available in German at:

**<http://www.olg-stuttgart.de/pb/Lde/Startseite/PRESSE/OLG+Stuttgart+entscheidet+ueber+Zulaessigkeit+von+Presseberichten+in+kommunalen+Amtsblaettern/?LISTPAGE=1178276>**

*Av. Cristina Bachmeier, LL.M. (Media Law), Saarbrücken/Brussels*

## **DE: OLG Frankfurt zur Auslegung deutscher Vorschriften im Lichte der Cookie-RL**

Mit U. v. 17.12.2015 hat das OLG Frankfurt entschieden, dass im Rahmen eines Online-Gewinnspiels keine ausdrückliche Erteilung der Einwilligung in die Datenverarbeitung für Werbezwecke mittels Cookies erforderlich ist (Az.: 6 U 30/15).

Im vorliegenden Fall war ein Verbraucherschutzverband gerichtlich gegen den Veranstalter eines Online-Gewinnspiels vorgegangen und hatte eine Einwilligung angegriffen, in der ein Teilnehmer der Verwendung von Cookies zustimmte. Durch die Cookies konnte das Surf- und Nutzungsverhalten ausgewertet werden, wodurch personalisierte Werbung ermöglicht wurde. Die Einwilligung wurde hierbei in Form einer Opt-Out-Erklärung eingeholt, d.h. der Teilnehmer hätte ihr aktiv widersprechen müssen, während bei unverändertem Weiterklicken eine Einwilligung als erteilt galt. Hinweise zur Verwendung der Cookies sowie der Datenverarbeitung konnten unter einem weiteren Link abgerufen werden. In der Folge hatte die Verbraucherzentrale einen Unterlassungsanspruch gem. § 1 UKlaG gegen den Veranstalter geltend gemacht.

Das OLG Frankfurt wies die Klage jedoch zurück. Es sah in der Einwilligungserklärung zwar eine AGB-Klausel, die einer Inhaltskontrolle gem. § 307 BGB zugänglich sei, verneinte jedoch die insofern in Frage kommenden Verstöße der Klausel gegen die einschlägigen Vorschriften der §§ 13 Abs. 2, 15 Abs. 3 TMG sowie §§ 4a, 28 Abs. 3a BDSG, da sich aus diesen kein Erfordernis einer ausdrücklich erteilten Einwilligung in Form einer Opt-In-Lösung ergebe. Demnach könne die Einwilligung auch durch eine Opt-Out-Erklärung erteilt werden. Der Rechtsauffassung des Verbraucherschutzverbands, nach der nach Ablauf der Umsetzungsfrist der ePrivacy-Richtlinie eine richtlinienkonforme Auslegung des nationalen Rechts dahingehend vorzunehmen sei, dass ein Opt-Out-Verfahren vorliegend nicht ausreiche, folgte das Gericht nicht. Dass die Richtlinie jeweils vorschreibe, dass dem Nutzer vor dessen Einwilligung eine klare, umfassende und verständliche Information zu übermitteln sei, spreche nicht generell gegen die Verwendung eines Opt-Out-Verfahrens. Auch dem Vorbringen des Verbraucherschutzverbands hinsichtlich einer Stellungnahme der europäischen Artikel-29-Datenschutzgruppe vom 8.12.2011 folgte das OLG nicht. Zwar sprach sich diese dafür aus, das Setzen des Cookies und die danach erfolgende Datenverarbeitung von einer „bejahenden Handlung“ des Nutzers abhängig zu machen, hierin sah das Gericht allerdings nur eine unverbindliche Meinungsäußerung, welche sich noch dazu nicht auf die Frage, ob eine Einwilligungserklärung auch im Rahmen des Opt-Out-Verfahrens eingeholt werden kann, bezogen habe. Außerdem wisse ein durchschnittlicher Nutzer, dass ein Häkchen in einem Feld durch Anklicken entfernt und die Einwilligung hierdurch verweigert werden könne. Ein ausdrücklicher Hinweis auf diese Möglichkeit erübrige sich daher.

Darüber hinaus sah das Gericht in der Praxis, wesentliche Informationen über die Cookies und die Datenverarbeitung erst in einer über einen Link zugänglichen Datei zu erteilen, keinen Verstoß gegen § 28 Abs. 3a S. 2 BDSG. Die dort vorgeschriebene besondere Hervorhebung beziehe sich nur auf die Einwilligungserklärung, nicht hingegen auf weitere Informationen. Da die Einwilligungserklärung nach Sicht der Richter auch inhaltlich nicht zu beanstanden war, war die Unterlassungsklage abzuweisen.

Das Urteil ist abrufbar unter

**[http://www.lareda.hessenrecht.hessen.de/lexsoft/default/hessenrecht\\_lareda.html#docid:7468950](http://www.lareda.hessenrecht.hessen.de/lexsoft/default/hessenrecht_lareda.html#docid:7468950)**

*Tobias Raab*



## **DE: Facebook-Konto des Kindes auf Eltern vererbbar**

Das LG Berlin hat mit U. v. 17.12.2015 – Az. 20 O 172/15 – entschieden, dass der Facebook-Account eines Kindes an dessen Eltern vererbt wird.

Im zugrundeliegenden Sachverhalt war die Tochter der Klägerin unter bisher ungeklärten Umständen ums Leben gekommen. Da die Tochter in dem sozialen Netzwerk Facebook sehr aktiv war, hoffte die Mutter, über den Account der Tochter Hinweise oder Motive auf einen etwaigen Suizid des Mädchens zu finden. Die Klägerin hatte die spätere Beklagte, die Facebook in Europa betreibt, aufgefordert, ihr als Teil der Erbgemeinschaft ihrer verstorbenen Tochter Zugang zum Account ihrer Tochter zu gewähren. Die Beklagte hatte das unter anderem mit Verweis auf den Datenschutz, die eigenen Nutzungsrichtlinien und das Persönlichkeitsrecht der Verstorbenen abgelehnt. Die Beklagte ist der Auffassung, dass die Eltern das Facebook-Profil ihres Kindes nicht erben können.

Nach dem Urteil des LG Berlin ist ein Profil eines Minderjährigen in einem sozialen Netzwerk an die Eltern vererbbar. Dies gelte auch dann, wenn die im Profil gespeicherten Daten keinerlei materiellen Wert aufwiesen. Insoweit bestehe kein Unterschied zum "analogen" Nachlass wie etwa bei Briefen oder Tagebüchern, die normalerweise auch keinen materiellen Wert aufweisen, aber unproblematisch Teil des Nachlasses sind, wie sich auch aus § 2047 Abs. 2 BGB ergibt. Die Vererbbarkeit sei auch nicht wegen besonderer Personenbezogenheit des Nutzungsvertrages ausgeschlossen. Die von Facebook aufgestellten Nutzungsbedingungen schreiben zwar u.a. vor, dass das Passwort des Accounts nicht weitergegeben werden darf; das jeweilige Profil ist auch insgesamt individuell auf den einzelnen Nutzer zugeschnitten. Der Abschluss eines Nutzungsvertrages mit Facebook erfolgt aber generell ohne eine eingehende Prüfung der Identität des jeweiligen Nutzers. Die Nutzungsbedingungen von Facebook verbieten es außerdem, Dritte auf das eigene Konto zugreifen zu lassen oder das eigene Passwort weiterzugeben. All diese Vorschriften sollen aber in erster Linie die Kontensicherheit und –integrität der Nutzerkonten und damit letztlich von Facebook insgesamt gewährleisten. Auch daraus kann folglich keine besondere Personenbezogenheit abgeleitet werden. Auch das postmortale Persönlichkeitsrecht der Erblasserin ist laut dem LG Berlin nicht betroffen. Die Klägerin war bereits zu Lebzeiten der Erblasserin berechtigt, etwaige Persönlichkeitsrechtsverletzungen dieser zu verfolgen. Eine Verletzung der Persönlichkeitsrechte der Erblasserin sei daher nicht gegeben, wenn die vorher Sorgeberechtigte Zugriff auf die Daten der Erblasserin hat, insbesondere, wenn es sich bei der Erblasserin um ein 15jähriges Kind handelt, das gerade erst an der Grenze der Einsichtsfähigkeit über seine Rechte ist. Die Zugangsgewährung ist auch nicht aus datenschutzrechtlichen Gründen unmöglich. Hier könne der digitale Nachlass wieder mit dem "analogen" Nachlass verglichen werden: auch dort haben die Erben ohne weiteres Zugang zu vertraulichen Dokumenten des Erblassers. Nach dem LG sind die sich aus dem Vertrag ergebenden Rechte und Pflichten gem. § 1922 BGB damit im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf die Erbgemeinschaft, nämlich die Eltern des verstorbenen Mädchens, übergegangen.

Ob auch der Nutzer-Account von Erwachsenen vererbbar ist, hat das LG offengelassen.

Das Urteil vom 17.12.2015 – Az. 20 O 172/15 - ist im Volltext abrufbar unter:  
<http://www.kvlegal.de/wp-content/uploads/2016/01/LG-Berlin-Urteil-vom-17122015-20-O-172-15-Digitales-Erbe.pdf>

*Sofie Luise Burger*

## **DE: TV-Sendung Germany's Next Top-Model verstößt nicht gegen deutsches Recht**

Die Fernsehshow „Germany's Next Top Model“ (GNTM) des Privatsenders ProSieben verstößt nicht gegen die Bestimmungen des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages (JMStV). Zu diesem Ergebnis kam ein Gremium der Kommission für Jugendmedienschutz (KJM), nachdem es sich eingehend mit den Inhalten der TV-Sendung befasst hatte. Grund hierfür war eine Studie des Internationalen Zentralinstituts für das Jugend- und Bildungsfernsehen (IZI), das dem Bayerischen Rundfunk in München unterstellt ist, und des Bundesfachverbands Essstörungen. Für die Studie wurden 241 Patienten zur Rolle von Fernsehsendungen im Kontext von Essstörungen wie Magersucht und Bulimie befragt. Fast ein Drittel der Betroffenen sagte, die Sendung sei entscheidend für die eigene Krankheitsentwicklung. Ein weiteres Drittel sah zumindest einen „leichten Einfluss“ der Show auf ihre Krankheit. Zudem gab es Zuschauerbeschwerden, die eine mögliche Förderung von Magersucht durch das Format bemängelten.

Das KJM-Gremium prüfte daher mehrere Folgen der vergangenen zehnten Staffel und kam zu dem Schluss, dass die Show gemessen an den Bestimmungen des JMStV keine Entwicklungsbeeinträchtigung verursacht. Zur Begründung führten die Jugendschützer aus, dass kritische Kommentare in der Sendung, die sich auf das Körpergewicht der Teilnehmerinnen bezogen, stets mit den beruflichen Anforderungen eines Models begründet worden seien. Auch habe Heidi Klum als Leiterin der Show den Nachwuchs-Models stets verdeutlicht, dass Hungern nicht der richtige Weg sei. ProSieben hatte darauf verwiesen, was Heidi Klum in der Sendung sagte: „Gesunde Ernährung und Sport sind wichtig für den Beruf eines Models. Gesunde Ernährung und Sport sind wichtig, wenn man in Schule, Wettkampf oder Beruf gefordert wird.“ Die Kommission der Jugendschützer bemängelte zwar das in der Show dargestellte kritikwürdige Schlankeitsideal der Modelberufswelt, sah aber im Ergebnis keine Beeinträchtigung oder Gefährdung der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen.

Die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) ist die zentrale Aufsichtsstelle für den Jugendschutz im privaten bundesweiten Fernsehen sowie im Internet. Ihre Aufgabe ist es, für die Einhaltung der Jugendschutzbestimmungen zu sorgen und im Rahmen der regulierten Selbstregulierung die Selbstverantwortung der Anbieter zu fördern, online ist die Kommission unter [www.kjm-online.de](http://www.kjm-online.de) zu finden.

Der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag ist abrufbar unter:

**<http://www.landesrecht-bw.de/jportal/?quelle=jlink&query=JMedien-SchStVtrG+BW&psml=bsbawueprod.psml&max=true&aiz=true>**

*Ass. iur. Ingo Beckendorf*

## **IE: Police ombudsman accessed journalists' phone records**

On 14 January 2016, *The Irish Times* published an article, reporting that the Irish police ombudsman (the Garda Síochána Ombudsman Commission - Gsoc) had accessed the mobile phone records of two journalists. Gsoc is an independent commission which handles complaints against the Irish police force. *The Irish Times* reported that Gsoc had been investigating leaks to the media by police officers, and informed three officers that a study of journalists' phone records "had established they had been in contact with the reporters." Under the Garda Síochána Act 2005, it is an offence for police officers to disclose certain information to third parties, including to the media. Gsoc has refused to confirm or deny that journalists' phone records have been accessed, but published an op-ed in *The Irish Times* on 23 January 2016, describing the scope of some of its legislative powers.

Following the revelations, on 19 January 2016, the Minister for Justice and Equality announced the establishment of an independent review of the law on access to the phone records of journalists. The review will be carried out by a former chief justice, the retired Mr. Justice John Murray, who is also a former judge of the EU's Court of Justice. The purpose of the Murray Review will be to "examine the legislative framework in respect of access by statutory bodies to communications data of journalists held by communications service providers." This will include taking account of "the principle of protection of journalistic sources, the need for statutory bodies with investigative and/or prosecution powers to have access to data in order to prevent and detect serious crime, and current best international practice in this area."

The law on government access to communication data is contained in the Communications (Retention of Data) Act 2011, while the laws on government surveillance and wiretapping are contained in the Criminal Justice (Surveillance) Act 2009 and the Interception of Postal Packets and Telecommunications Messages (Regulation) Act 1993. None of these laws contain provisions relating to the right to protection of journalistic sources, which the Irish Supreme Court recognised in 2009 (*Mahon Tribunal v. Keena* [2009] IESC 78).

The Minister has stated that the Murray Review is expected to be completed by April 2016.

Conor Lally, "GSOC trawls journalists' phone records in inquiry," *The Irish Times*, 14 January 2016, is available in English language at:

**<http://www.irishtimes.com/news/crime-and-law/gsoc-trawls-journalists-phone-records-in-inquiry-1.2495959>**

Department of Justice and Equality, *Statement by the Minister for Justice and Equality in relation to access to telephone records*, 19 January 2016, is available in English language at:

**<http://www.justice.ie/en/JELR/Pages/PR16000020>**

Justice Mary Ellen Ring, Carmel Foley, Kieran FitzGerald, "Gsoc: Public Confidence in the Garda is our priority," *The Irish Times*, 23 January 2016, is available in English language at:

**<http://www.irishtimes.com/opinion/gsoc-public-confidence-in-the-garda-is-our-priority-1.2507269>**

*Mahon Tribunal v. Keena* [2009] IESC 78 is available in English language at:

**<http://www.bailii.org/ie/cases/IESC/2009/S78.html>**

*Ronan Fahy, Institute for Information Law (IViR), University of Amsterdam*

## **IE: Threats made against journalists following gang shootings**

On 11 February 2015, the Irish press group Independent News and Media (INM), confirmed that a number of its journalists had received death threats, following their reporting of recent gang violence in Dublin. INM said it had decided to make the threats public after consulting the journalists and confirming that the Irish police force (An Garda Síochána) had formally notified the journalists of a possible risk to their safety. Two journalists have been advised to leave their homes by the police following warnings that they may be at risk from gang members.

The threats follow recent gang violence in Dublin, when two men were shot dead. On 5 February 2016, four men with automatic weapons, and disguised as police officers, stormed a Dublin hotel, shooting one man dead, and injuring others. It was reported that the deceased was a member of a drugs cartel. Four days later, another man was shot dead in Dublin, in an alleged revenge killing for the hotel shooting.

INM's editor-in-chief, Stephen Rae, stated that "Our media group will not be deterred from serving the public interest and highlighting the threat to society at large posed by such criminals." The National Union of Journalists also published a statement strongly condemning threats against INM journalists, and noting that the threats are believed to be linked to coverage of organised crime. The threats come nearly 20 years after *Sunday Independent* journalist Veronica Guerin was shot dead in Dublin by members of a drug gang.

Tom Brady, "Political leaders condemn 'outrageous' threats received by INM journalists from Dublin criminal gang," *The Irish Independent*, 11 February 2016 is available in English language at:

**<http://www.independent.ie/irish-news/political-leaders-condemn-outrageous-threats-received-by-inm-journalists-from-dublin-criminal-gangs-34445166.html>**

National Union of Journalists, "NUJ condemns threats to INM journalists in Dublin," 11 February 2016 is available in English language at:

**<https://www.nuj.org.uk/news/nuj-condemns-threats-to-inm-journalists-in-dublin/>**

Henry McDonald, "Irish journalists threatened by Dublin crime gangs," *The Guardian*, 11 February 2016 is available in English language at:

**<http://www.theguardian.com/world/2016/feb/11/irish-journalists-threatened-by-dublin-gangs>**

Conor Lally, "Gardaí warn journalists to leave homes over gangland threats," *The Irish Times*, 12 February 2016 is available in English language at:

**<http://www.irishtimes.com/news/crime-and-law/garda%C3%AD-warn-journalists-to-leave-homes-over-gangland-threats-1.2531734>**

*Ronan Fahy, Institute for Information Law, University of Amsterdam*

## **MK: New Regulation for Political Advertising during Elections**

In the light of the heaviest political crisis since the independence of the country, the four biggest political parties agreed on regulation of political advertising. According to many experts, political advertising severely influences the editorial policy of the media outlets, especially during elections. Based on the political agreement, which has been achieved with mediation of the European Union, the National Parliament amended the Electoral Code (Изборен законик) in order to ensure that the political parties will have equal access to the media during the early elections, scheduled for April 2016. Beside the classic media, the regulation now encompasses also the internet publishers, meaning news websites. The text of the law operates with the term “electronic media (internet portals)”.

The greatest chilling effect on the freedom of media so far came from the possibility for the media outlets to be donors of ruling political parties and their pre-election campaigns. In return, after the elections, these media outlets were receiving state funds in order to broadcast ads of the Government and other state and public institutions, which raised a suspicion of misuse of public funds for political advertising and corruption (see IRIS 2015-1:1/28). Moreover, the ruling parties used to buy the whole advertising time, so the opposition didn't have a media platform to address their potential voters. The European Commission, in the Country Progress Report for 2015, noted a big shortcoming in regard to the Government's advertising activities: “Government advertising provides the largest single source of funding and has a major influence on the media market at both national and local level. There is no systematic or detailed reporting on government advertising. Moreover, the content of the intercepted communications revealed close links between government and media owners with the highest viewership and circulation, who also receive most of the funding allocated to government advertising campaigns.” The newest amendments to the Electoral Code allow the broadcast media 18 minutes per hour additional time for political advertising, whereas the ruling political parties and the opposition would have 8 minutes each. The smaller political parties, who are represented in the Parliament and those who are not, will have 1 minute each. The media outlets now are obliged to sell their advertising time to all political parties under the same conditions. The broadcasting media is not allowed to broadcast political advertising free-of-charge from the day when the elections are announced until the end of the elections.

According to the Electoral Code (Art. 76-a), the Public Broadcasting Service (PBS) has the obligation to inform the public in a balanced manner, meaning 30 percent of its informative programming to be dedicated to the activities of the ruling parties, 30 percent to the activities to the opposition and the rest 10 percent to the non-parliamentarian political parties. Moreover, the PBS has now an obligation to produce talk shows, where besides the ruling parties, representatives from the opposition have to be invited as well. On the other hand, the media regulation authority must develop a methodology for monitoring of the broadcast and online media during the elections by the end of January 2016, which should serve as a tool for a non-partisan regulatory response to possible violations (Art 76-c).

The Law on Amending the Electoral Code is available in Macedonian language at: <http://sobranie.mk/materialdetails.nsp?materialId=0dee4b70-8070-446f-980d-dcc76ee0a34d>

EU Country's Progress Report is available in English language at: [ec.europa.eu/enlargement/pdf/key\\_documents/2015/20151110\\_report\\_the\\_former\\_yugoslav\\_republic\\_of\\_macedonia.pdf](http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2015/20151110_report_the_former_yugoslav_republic_of_macedonia.pdf)

*Borce Manevski, Independent Media Consultant*

## **MK: New Methodology for Media Monitoring during Elections**

Based on the newly amended Electoral Code – Art. 76-c (Изборен законик), the media regulation authority, Agency for Audio and Audiovisual Media Services, developed a methodology to monitor Media Election Coverage by the Radio and Television Programme Services (Методологија за мониторинг на изборното медиумско претставување преку радио и телевизиските програмски сервиси за време на изборните процеси).

The EU Senior Expert Group, led by Reinhard Pribe, who was tasked to pinpoint the systemic rule of law issues, noted in June 2015 that there was “an unhealthy relationship between the mainstream media and top government officials, with the former seemingly taking direct orders from the latter on both basic and fundamental issues of editorial policy. This practice harms the public's right to receive information from a variety of sources and expressing a variety of views, and reduces the scope for objective and balanced reporting of facts.” Now, the aim of the Methodology is to detect if the media will report in a balanced and professional manner during the forthcoming early elections, which are expected to take place in April 2016, which in return should result in the creation of a pluralistic media landscape.

The methodological approach is based on the provisions from the Electoral Code, as well as on the Media Law and on the Law on Audio and Audiovisual Media Services. The Methodology defines the monitoring activities, which the media regulation authority will undertake depending on the stage of the electoral process which it divides into three phases. The first phase is the time period prior to the start of the pre-election campaign. In this phase the TV and radio programme services will be monitored, and if there are indications for possible violations, the respective content will be analysed. The second phase include the first and second election rounds. In this phase the broadcast content will be analysed according to qualitative and quantitative indicators, including discursive analysis, when needed (tone of the reporting, story framing etc.). The third phase is the silence period: The programmes will be monitored and analysed, in order to determine, if a certain broadcast content violates the regulations or not.

Although, the Electoral Code sets an obligation for the media regulation authority also to monitor the informative websites (the Electoral Code uses the term electronic media [internet portals]), the media regulator on its webpage issued an official standpoint of the Agency in which it informs the public that it will not monitor the news websites, because there was no definition given, what ‘internet portal’ means or the scope of this term. The decision of the media regulation authority not to implement the electoral legislation to its full extent may have an impact on the overall elections and may add fuel to the anyway explosive political crisis.

The Law on Amending the Electoral Code is available in Macedonian language at:  
<http://sobranie.mk/materialdetails.aspx?materialId=0dee4b70-8070-446f-980d-dcc76ee0a34d>

The former Yugoslav Republic of Macedonia: Recommendations of the Senior Experts' Group on systemic Rule of Law issues relating to the communications interception revealed in Spring 2015 are available in English language at:

[https://www.google.com/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=1&ved=0ahUKEwiWmKyPqIPKAhXIDiwKHUPoARUQFggdMAA&url=http%3A%2F%2Fec.europa.eu%2Fenlargement%2Fnews\\_corner%2Fnews%2Fnews-files%2F20150619\\_recommendations\\_of\\_the\\_senior\\_experts\\_group.pdf&usq=AFQjCNHvu2XJA4w2LXza4anAp\\_jJN1F\\_Fw&cad=rja](https://www.google.com/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=1&ved=0ahUKEwiWmKyPqIPKAhXIDiwKHUPoARUQFggdMAA&url=http%3A%2F%2Fec.europa.eu%2Fenlargement%2Fnews_corner%2Fnews%2Fnews-files%2F20150619_recommendations_of_the_senior_experts_group.pdf&usq=AFQjCNHvu2XJA4w2LXza4anAp_jJN1F_Fw&cad=rja)

The Official Standpoint of the Agency for Audio and Audiovisual Media Services is available in Macedonian language at:  
**[http://www.avmu.mk/images/Stav\\_na\\_Agencijata\\_za\\_nadzorot\\_vrz\\_portalite.docx](http://www.avmu.mk/images/Stav_na_Agencijata_za_nadzorot_vrz_portalite.docx)**

*Borce Manevski, Independent Media Consultant*

## **PL: New Media Law**

On 8 January 2016, the new Media Law referred to as the “minor media act” came into effect immediately after it was signed by the President on 7 January 2016. The draft law was submitted to the Sejm, one chamber of the Polish Parliament, on 28 December 2015. The first reading in the parliament took place already on the following day. The next day, the draft law has been referred to the Sejm committee, which accepted it on the same day. The second and the third reading of the act, and consequently its passing by Sejm, also occurred on that day. Then the act has been immediately referred to the Senate, the other chamber of the Polish Parliament. The Senate declared that it did not propose any amendments to the act on 31 December 2015. Then the act was passed to the President for signing. The act is a temporary regulation, with a definite term, since article 4 thereof stipulates that the act shall expire on 30 June 2016.

The act includes only four articles: the first one introduces amendments to the broadcasting act of 29 December 1992, the second and the third one include interim provisions, whereas the fourth one pertains to the immediate coming into effect of the act.

As regards the management boards of the public media companies, the amendments in the provisions relate to: (1) waiving the competence of the National Council in the scope of running the competitions for the positions of members of the public media supervisory boards, (2) repealing the provision on the 4-year term of office of management board members, (3) introducing the rule according to which it is the Minister of the State Treasury who appoints and dismisses the management board members (4) repealing the provisions which limit the ability to dismiss the management board members to some specific premises.

In place of the procedure of appointing the management board members by way of a competition, where the competition was run by the Supervisory Board, which had been elected by way of a competition by the National Council, with management board term limits, the Minister of the State Treasury gained an unlimited power to appoint and dismiss board members of the public media companies at any time. The Minister of the State Treasury made use of his new competence on the day the act came into effect (8 January 2016), appointing a politician connected with the Party Law and Justice to the position of chairman of the management board of the public broadcaster Polish Television. He also replaced the composition of the board of the public broadcaster Polish Radio. Further amendments pertain to the supervisory boards of the public media companies: (1) the number of members has been limited to three members, (2) the provisions on appointing supervisory board members and limiting the premises for their dismissal have been repealed, (3) the Minister of the State Treasury has been granted power to appoint and dismiss the supervisory board members, (4) the provision on the 5-year term of office of the supervisory board members has been repealed. The provision that stipulates that any changes to the articles of association of public media companies require the consent of the National Council has been repealed (now there is no need to approve any changes into articles of association by the National Council). Moreover, the management board of Polish Television has been granted the right to appoint the directors of regional offices (until now, this power was vested in the supervisory board, acting upon a management board's request). Another provision of the act further stipulates that upon the act coming into effect, the terms of office of the Polish Radio and Polish Television management and supervisory board members shall terminate. Changes adjusting the articles of association of public media companies accordingly to the provisions of the new Law shall be introduced within 30 days from the moment of the act coming into force. The current provisions of the articles of association are no longer applicable in practice.



The act also introduces the possibility to interfere in the individual labor law relations between the public media companies and members of their management boards. As stipulated in the amendment, the relations in question shall terminate upon the moment of appointment of the new management board members. Furthermore, the public media companies will be allowed to terminate the non-competition clauses, with which the existing members of the management board are bound until now. Insofar, the provisions of the act shall take precedence over the earlier civil law agreements.

The new Media Law can be downloaded at:  
**<http://dziennikustaw.gov.pl/du/2016/25/1>**

*Krzysztof Kowalczyk, Attorney-at-law, Partner at BSJP Brockhuis Jurczak Prusak in Warsaw, Poland.*

## **RO: Draft Laws on Cinematography**

On 28 October 2015, the Senate (upper Chamber of the Romanian Parliament) rejected the draft Law on the completion of Art. 13 of the Government Decree no. 39/2005 on Cinematography (Proiectul de Lege pentru completarea articolului nr. 13 din Ordonanța Guvernului nr. 39/2005 privind cinematografia).

The draft Law intends to add, through a new Art. 13 (1) e<sup>1</sup>), another source of revenues for the Cinematographic Fund. The Fund was established to provide financial resources needed to develop cinematographic work as well as to help with the fulfillment of the duties incumbent to the National Film Center: the collection of a contribution of 4% of the annual profit made by operators who organize gambling; the payment will be made by 31 May of the current year for the previous year. The draft Law intends to restore the revenues of the Cinematographic Fund after the repeal of the provisions of the Government Emergency Decree no. 77/2009 on the organization and operation of gambling, which cut the funds transferred by the gambling operators to the Cinematographic Fund by EUR 1.5 million a year.

The proponents of the draft Law on Cinematography consider that the Government Decree no. 39/2005 on Cinematography, with further modifications and completion, gave a boost to film production, but now is obsolete and its gaps threaten the main areas of this field: financing the film production, access to financial resources and the internal market for Romanian film. The proponents proposed, inter alia, the set up of a second Cinematographic Fund, dedicated to grants, fed by the national lottery and the gambling organizers; a more efficient system for collecting contributions to Cinematographic Funds; regulation of a clearer contribution of the public television to film production; creation of a Film Investment Bureau and of a mechanism through which private individuals and companies can invest in film production; establishment of a new mechanism of competition, fair, similar to the evaluation systems in other European countries; placing a ceiling on films with funding from the National Film Centre which producers may run simultaneously; creating opportunities for debut for short films, documentaries and animation films; automatic financing for the next project of filmmakers who get major honors to the most important festivals; to set minimum quotas of Romanian films in cinemas and on television; enhance the functioning of cinemas distributing mostly European and Romanian film; creating a national network of cinemas dedicated to Romanian and independent film.

On 13 October 2015, the Senate had rejected another draft Law, the draft Law on the repeal of the Law no. 35/1994 on the cultural stamp on literature, cinema, theater, music, folklore, fine arts, architecture and entertainment (Propunerea legislativă pentru abrogarea Legii nr. 35/1994 privind timbrul literar, cinematografic, teatral, muzical, folcloric, al artelor plastic, al arhitecturii și de divertisment).

The cinema stamp is worth 2% of the ticket price, and this value is added to the regular price of the ticket. The proponents consider that the repeal of the Law no. 35/1994 on the cultural stamp facilitates the access of the public to cultural products and relieves the cultural institutions, local authorities and investors in the culture to collect surcharges in favor of private entities (the unions of creators).

In the meantime, a draft Law on Cinematography (Proiect de Lege privind Cinematografia) is lying on the table of the Chamber of Deputies (lower chamber of the Parliament) months after it was rejected by the Senate on 30 March 2015.

The draft Law on the completion of Art. 13 of the Government Decree no. 39/2005 on Cinematography – form adopted by the Senate is available in Romanian language at:

**<http://www.cdep.ro/proiecte/2015/700/60/5/se976.pdf>**

The draft Law on the completion of Art. 13 of the Government Decree no. 39/2005 on Cinematography – Explanatory Memorandum, is available in Romanian language at:

**<http://www.cdep.ro/proiecte/2015/700/60/5/em976.pdf>**

The draft Law on the repeal of the Law no. 35/1994 on the cultural stamp on literature, cinema, theater, music, folklore, fine arts, architecture and entertainment – proponent's form, is available in Romanian language at:

**<http://www.cdep.ro/proiecte/2015/700/00/2/pl875.pdf>**

The draft Law on the repeal of the Law no. 35/1994 on the cultural stamp on literature, cinema, theater, music, folklore, fine arts, architecture and entertainment – Explanatory Memorandum, is available in Romanian language at:

**<http://www.cdep.ro/proiecte/2015/700/00/2/em875.pdf>**

The draft Law on Cinematography – proponent's form is available in Romanian language at:

**<http://www.cdep.ro/proiecte/2015/300/30/6/pl396.pdf>**

The draft Law on Cinematography – Explanatory Memorandum is available in Romanian language at:

**<http://www.cdep.ro/proiecte/2015/300/30/6/em396.pdf>**

*Eugen Cojocariu, Radio Romania International*

## UK: The Miranda Case and the protection of journalistic material

Miranda is the husband of a freelance journalist who had worked on the Snowden stories for the Guardian newspaper. Miranda was stopped and questioned for 9 hours at an airport in the UK; items in Miranda's possession (encrypted storage devices containing information leaked by Edward Snowden about the activities of security services) were taken from him. The interception was based on para 2(1) of Schedule 7 to the Terrorism Act 2000, which allows the police to stop and question a person at a port or border area for the purpose of determining whether the person stopped appears to be 'concerned in the commission, preparation or instigation of the acts of terrorism'. Miranda challenged the use of the power in his case: he was not involved in terrorism but rather in carrying journalistic materials (albeit materials that contained leaked sensitive information). The High Court found the use of the power lawful but Miranda appealed to the Court of Appeal.

Did the stopping of Miranda fall within the power granted by Sch. 7? The Court concluded that, while Miranda might not have been a terrorist, the use of the power did not require that Miranda be shown so to be. Rather, the power has been given to 'provide an opportunity for the ascertainment of the possibility that a traveller 'may be involved in terrorism' (para 58). So it was not necessary for the police to believe that Miranda would release the information he was carrying for a political purpose, but only that it might be so released.

The Court considered whether the use of the power against Miranda was proportionate, which involves a four stage test: (i) is there a sufficiently important objective so as to justify the limitation of a fundamental right; (ii) is the challenged measure rationally connected to the objective identified; (iii) could a less intrusive measure be used; and (iv) has a fair balance been struck between the rights of the individual and the interests of the community. Miranda challenged the assessment of the fourth element as regards the balance between freedom of expression, given that Miranda was carrying journalistic materials, and the interests of national security. The Court accepted on the basis of ECHR judgment in *Pentikainen v. Finland*, that the police would need to be aware of the fact Miranda had journalistic materials for that factor to be taken into account. On the facts, that test was satisfied. The Court held that '[w]hen determining the proportionality of a decision taken by the police in the interests of national security, the court should accord a substantial degree of deference to their expertise in assessing the risk to national security ...' (para 79). The Court then stated, '[t]here is no reason to disagree with their assessment of the risk. Indeed, the court is ill equipped to do so' (para 82) and therefore found the interference with press rights to be proportionate. The appeal also argued that the police could have used an order under Schedule 5, which was less intrusive and therefore should have been preferred under the third limb of the proportionality argument. The Court rejected this as not being an effective mechanism, or at least 'less effective' than the use of Sch. 7 powers (para 93).

Finally, was the use of schedule 7 in relation to journalistic material 'prescribed by law' as required by Article 10(2) ECHR? The concern was that 'it is not subject to "sufficient legal safeguards to avoid the risk that power will be exercised arbitrarily and thus that unjustified interference with a fundamental right will occur"' (para 94, citing the Supreme Court in *Beghal v. DPP*). The Court referred to the ECHR cases of *Sanoma Uitgevers* and *Nordisk Film* regarding disclosure of journalistic sources, accepting that there judicial oversight was required. The Court considered also the case of *Nagla v. Latvia*. The Court then concluded that there was 'no reason in principle for drawing a distinction between disclosure of journalistic material *simpliciter* and disclosure of journalistic material which may identify a confidential source' (para 107). Judicial review cannot cure a disclosure of confidential material and it is unlikely that a journalist in transit would be able to arrange an emergency

interim injunction to prevent such a breach. The act therefore contains inadequate safeguards in relation to journalistic material. So while the stop of Miranda was lawful, the use of the power in relation to journalistic material was not.

The Court's decision in the case *Miranda v. SSHD* [2016] EWCA Civ 6 is available in English language at:

**<https://www.judiciary.gov.uk/wp-content/uploads/2016/01/miranda-v-home-sec-judgment.pdf>**

*Lorna Woods is a Professor at the University of Essex' School of Law*

**UK: Serious allegations do not necessarily cause a serious harm to a bankers reputation**

The High Court of Justice of England and Wales decided on the 22 January 2016 (Case No: TLJ/15/0654) that there is no need to continue proceedings for defamation if the reputation of the claimant was effectively restored.

An international banker filed a criminal libel claim against a journalist and a photographer as well as the media company they work for. The media company is situated in Portugal and publishes a weekly newspaper printed in Portugal and also owns and maintains websites. The banker filed the libel claim because of an article published in June 2014. The article alleged that the claimant had failed in his governance of the bank and misappropriated millions of dollars. In August 2014, the bank which the claimant was working for collapsed and required a bail out from the central bank in Portugal. This threatened the Portuguese economy and caused huge public concern and anger and was extensively reported on in Portugal. It was an issue of such importance that the Parliament in Portugal held a Parliamentary inquiry into the causes of the requirement for the bail out. On 18 December 2014 the Claimant gave evidence to the inquiry in the Parliament in Portugal, where he had the chance to make a statement on the accusations. As a result, the public prosecutor in Portugal decided not to pursue the complaint for criminal libel made by the banker, arguing that his reputation was restored due to his statement on the accusations. Therefore, the banker commenced civil proceedings in Portugal and England, where the article in question was published as well. On 30 April 2015 those civil proceedings were discontinued in Portugal, also due to the fact that the Claimant had the possibility to make a statement on the accusations.

Due to these circumstances the High Court of Justice concluded that the pursuit of the proceedings in England was not worth the candle and is an abuse of process. The banker's reputation had been so effectively restored by the reporting of the Parliamentary inquiry in Portugal that it was no longer worth the time, effort and expense of pursuing proceedings in Portugal, and because coverage by the Portuguese media is available in England and Wales to about the same extent that the publication of the article was available in England and Wales. In the Courts opinion the plaintiff was unable to explain why the restoring of his reputation in Portugal, which had been sufficient to cause the discontinuation of the proceedings in Portugal, had not been sufficient to satisfy him in England and Wales.

The verdict of the High Court of Justice of Wales and England is available at:  
**<http://www.bailii.org/ew/cases/EWHC/QB/2016/66.html>**

*Katrin Welker*

## **UK: Double murderer is allowed to stay anonymous**

On 27 January 2016, the Supreme Court granted a released double murderer's claim to stay anonymous ([2014] EWCA Civ 1009). The murderer was suffering from severe mental illness for a long time, was convicted of murdering two persons in 1998 and sentenced to life imprisonment with a minimum term of 11 years. It was a particularly savage killing which had caused untold suffering to the victims and has continued to cause great grief to their families.

In August 2000, the plaintiff had been transferred to a high security psychiatric hospital, following an instruction of the Secretary of State. In August 2007, the plaintiff was transferred from the high security hospital to a private sector medium secure psychiatric hospital. Starting in 2008, he had unescorted leave within the hospital grounds. From 2009, he also had escorted leave in the community, where he did voluntary work. In July 2012, his responsible doctor applied to the Secretary of State for consent for the plaintiff to have unescorted leave in the community which was refused by letter dated 13 December 2012.

In November 2013, the patient lodged a complaint against that decision and applied for anonymity in the legal proceedings. The patient claimed that his mental illness had improved and that it was no longer necessary for him to be detained to protect either him or others. The Secretary of State referred the case to the Parole Board. The doctors then applied again for permission to allow him unescorted leave and the Secretary of State refused again. It was this decision that the murderer decided to proceed against. His appeal was dismissed, including his application for anonymity. Against the dismissal of anonymity he appealed to the Supreme Court. The responsible doctor spoke on the plaintiffs' behalf and stated that the hospital staff would need to be very vigilant to monitor the safety of the plaintiff if it came to a high media interest. This might have a negative impact on the plaintiff and on other patients who are detained in the hospital with him, as well as their attitude towards him. Furthermore, he outlined that the suspension of the anonymity order could cause distress to relatives of the victims in this case caused by the impact of any media interest. And he expressed his concerns for the safety of his patient in case his whereabouts were made public.

The Court had to balance the plaintiffs' right to respect for private life (article 8 of the European Convention on Human Rights) and the right to freedom of expression (article 10 of the Convention). The main question therefore was, if anonymity was necessary in the interest of the patient. The Court stated that the public has a right to know not only what is going on in the Courts, but also who the principle actors are. On the other hand, the purpose of detention in a hospital for treatment is to make the patient better, so that he is no longer a risk neither to himself nor to others. The whole therapeutic enterprise may be put in jeopardy if confidential information is disclosed in a way which enables the public to identify the patient. In some cases, that disclosure may put the patient himself, and perhaps also the hospital, those treating him and the other patients there, at risk.

Thus, the very real risk that the progress the plaintiff had made during his long years of treatment in the hospital and his re-integration into the community could be in jeopardy, was a justification to grant the plaintiffs' application to stay anonymous.

The verdict of the United Kingdom Supreme Court is available at:  
**<http://www.bailii.org/uk/cases/UKSC/2016/2.html>**

*Katrin Welker*

## **US: Happy Birthday everyone!**

Two U.S. District Courts have recently issued rulings on copyright disputes over famous lyrics that have expanded the scope of what is considered in the public domain.

On 23 September 2015 a U.S. District Court in California issued a ruling that the lyrics to the famous 80-year-old song "Happy Birthday to You" are not copyrightable, rejecting the claim by Warner/Chappell Music ("Warner") that it owns the copyright to the lyrics. The plaintiffs, a group of filmmakers who are producing a documentary about the song sued Warner, challenging Warner's right to collect royalties for using the song, which by some estimates has amounted to over \$ 2 million dollars a year. The Court ruled that no evidence existed that the original company that asserted a copyright claim over the song ever legally obtained the rights to the "Happy Birthday To You" song from whomever wrote it. The ruling means that the song is now considered a public work and is free for everyone to use.

The plaintiff's attorneys have said that they will move to qualify the lawsuit as a class-action in an effort to recoup millions of dollars in licensing fees that Warner has collected. They indicated that they will pursue Warner for royalties that have been paid going back to at least 1988 or even as far back as 1935 when the original copyright was filed; although there it is not clear how much money that would entail. A spokesman for Warner explained that Warner is still considering its options for a potential appeal.

In another case, a U.S. District Court in Miami issued a ruling on 17 September 2015 that singer Rick Ross' lyrics "Everyday I'm hustlin'," in his 2006 hit song "Hustlin'" are not copyrightable. The case arose in 2013 when Ross filed suit against the music group LMFAO for selling T-shirts with the similar catch-phrase "Everyday I'm shufflin'." The Court held that the song "Hustlin'" is protected by copyright but found that the three-word slogan, is made up of ordinary words that are "short expression of the sort that courts have uniformly held uncopyrightable." The judge compared it to other music catch-phrases from the past, such as "you got the right one, uh-huh," "holla back," and "we get it poppin'." The judge did not rule on whether LMFAO's song itself was an unauthorized copy of "Hustlin'." A trial is scheduled for October.

The case "Happy Birthday" is available in English language at:

**<http://documents.latimes.com/happy-birthday-ruling/>**

The case William L. Roberts, II et al. v. Stefan Kendal Gordy et al, in the U.S. District Court for the Southern District of Florida, No. 13-cv-24700 ("Everyday I'm hustlin'") is available in English language at:

**<http://www.hollywoodreporter.com/sites/default/files/custom/Documents/ESQ/hustlin.pdf>**

*Jonathan Perl, Counsel, Regulatory Affairs, Locus Telecommunications, Inc.*



## **US: NSA ordered to stop surveillance of one citizen**

On 9 November 2015, an appeals court ruled that it was “substantially likely” that the bulk metadata collection program (“Program”) first made public by NSA whistleblower Edward Snowden in 2013 is “unlawful,” finding that “the plaintiffs have suffered concrete harm traceable to the challenged program.”

The activist Larry Klayman brought an action against the NSA’s Program, requesting the NSA to stop surveilling him. The judge ordered the NSA to stop the surveillance of the plaintiff. But the judge allowed the US government a period of 3 month to lodge an objection against his decision.

The US government filed an emergency request to allow the National Security Agency to keep collecting telephone metadata, which was granted. The government argued that the order ran the risk of shutting down the whole bulk collection program if a stay was not issued because immediate compliance with the district court’s injunction would effectively require the abrupt termination of the program.

The Court acknowledged that the ruling is largely symbolic because the program was due to end on 29 November 2015. However, the judge said that ruling was still important because of the high stakes involved and that it would not “be the last chapter in the ongoing struggle to balance privacy rights and national security interests under our constitution in an age of evolving technological wizardry.”

The appeals Court’s verdict is available in English language at:  
**[http://pdfserver.amlaw.com/nlj/NSA\\_klayman\\_20151109.pdf](http://pdfserver.amlaw.com/nlj/NSA_klayman_20151109.pdf)**

*Jonathan Perl, Counsel, Regulatory Affairs, Locus Telecommunications, Inc.*

## Impressum

„Europäisches Medienrecht – der NEWSLETTER“ ist ein Service des Instituts für Europäisches Medienrecht e.V. (EMR)

### Redaktion:

Institut für Europäisches Medienrecht (EMR)

Franz-Mai-Str. 6

D-66121 Saarbrücken

Telefon +49 681 99275 11

Fax +49 681 99275 12

Mail [emr@emr-sb.de](mailto:emr@emr-sb.de)

Web [www.emr-sb.de](http://www.emr-sb.de)

Verantwortlich: Gianna Iacino, wissenschaftliche Mitarbeiterin

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 13. April 2016

Das EMR kann keine Verantwortung für den Inhalt der im Newsletter angegebenen Referenzen (Links) übernehmen.

Alle Autoren sind, soweit nicht anderweitig ausgewiesen, Mitarbeiter des Instituts.

Wir danken den Mitgliedern des *EMR Media Network* für die Zulieferung der Berichte.

Übersicht der verwendeten Länderkürzel/Kurzbezeichnungen:

<b>AL: Albanien</b>	<b>AT: Österreich</b>	<b>AU: Australien</b>
<b>BA: Bosnien-Herzegowina</b>	<b>BE: Belgien</b>	<b>BG: Bulgarien</b>
<b>CA: Kanada</b>	<b>CH: Schweiz</b>	<b>CoE: Europarat</b>
<b>CY: Zypern</b>	<b>CZ: Tschechische Republik</b>	<b>DE: Deutschland</b>
<b>DK: Dänemark</b>	<b>EE: Estland</b>	<b>ES: Spanien</b>
<b>EU: Europäische Union</b>	<b>FI: Finnland</b>	<b>FR: Frankreich</b>
<b>GR: Griechenland</b>	<b>HR: Kroatien</b>	<b>HU: Ungarn</b>
<b>IE: Irland</b>	<b>IN: Indien</b>	<b>IS: Island</b>
<b>IT: Italien</b>	<b>LI: Liechtenstein</b>	<b>MA: Marokko</b>
<b>MD: Moldawien</b>	<b>ME: Montenegro</b>	<b>MK: Mazedonien</b>
<b>MT: Malta</b>	<b>NL: Niederlande</b>	<b>NO: Norwegen</b>
<b>LT: Litauen</b>	<b>LU: Luxemburg</b>	<b>LV: Lettland</b>
<b>PL: Polen</b>	<b>PT: Portugal</b>	<b>RO: Rumänien</b>
<b>RS: Serbien</b>	<b>RU: Russland</b>	<b>SE: Schweden</b>
<b>SI: Slowenien</b>	<b>SK: Slowakische Republik</b>	<b>TR: Türkei</b>
<b>UK: Vereinigtes Königreich</b>	<b>UN: Vereinte Nationen</b>	<b>US: Vereinigte Staaten</b>
<b>UZ: Usbekistan</b>		